18.48

Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne): Herr Präsident! Herr Rechnungshofpräsident! Meine Kolleginnen und Kollegen hier im Saal! Die Zuschauer zu Hause! Ja, das ist ja eine Sternstunde, Herr Kollege Mayer. Ich bin wirklich froh, dass Sie oder du das ernst nimmst, was wir seit einem halben Jahr anstreben. Ich komme mir ohnehin schon vor wie eine Berufspendlerin: Ich sitze hier und gehe dann während jeder Plenarsitzung zu dir *(in Richtung des Abg. Elmar Mayer),* frage: Was ist recht, was können wir machen? Dann gehe ich zum Kollegen Gahr – du kannst das ruhig auch bestätigen – und frage ihn immer wieder: Wie gehen wir voran? Was setzen wir gemeinsam um? Wie schaffen wir es, da ordentliche Arbeitsbedingungen zu erreichen? Und: Wie schaffen wir es, dass der Rechnungshof wieder – wieder! – eine gebührend qualifizierte Führung erhält?

Was soll ich denn sonst noch tun? – Ich pendle! Ich pendle auch zwischen den ersten Reihen, ich gehe auch zu den Klubobleuten. Wir werden halt versuchen, diese emanzipatorischen Ansätze noch weiterzutreiben. Ich bin ein sehr beweglicher Mensch, ich pendle gerne – auch zwischen Linz und Wien.

Jetzt aber zum eigentlichen Thema. Herr Präsident, herzlichen Dank für diese ***32 Berichte,*** die wir jetzt in einer knappen Zwei-Stunden-Einheit, glaube ich, besprechen sollen. Es sind 32 Berichte, ich habe sie gezählt. Jetzt bleibt uns nichts anderes übrig, als uns auf die Hauptthemenbereiche zu fokussieren, darauf, wo meines Erachtens Sie, meine Damen und Herren, dieses Parlament, dringend gemeinsam gesetzliche Änderungen vornehmen müssen, weil diese Missstände, die der Rechnungshof sehr gut dokumentiert hat und auch ausreichend zu Papier gebracht hat, beseitigt werden müssen.

Was nützt uns denn eine neue Regierungsmannschaft, was nützen uns neue Personen auf der Regierungsbank, wenn es auf ***uns*** ankommt, auf ***unsere*** Mehrheit, auf ***unsere*** Entscheidung, auf ***unsere*** Anträge, wenn es darum geht, Missstände abzustellen und für eine sorgfältige Verwendung des Steuergeldes einzutreten, auch gemäß den Vorschlägen des Rechnungshofes, und vor allem auch für eine sorgfältige Verwaltung des Bundesvermögens.

Was war es denn? – Herr Kollege Zanger, Sie haben es ja aufgezählt: 270 Wohnungen – Bundesvermögen, Integrationsfonds, angeschafft, damit Menschen integriert werden, damit Flüchtlingen geholfen wird. 2006 ist die Entscheidung gefallen, dass sie verkauft werden sollen. Bis 2011 gab es einen Prozess, in dem diese 270 Wohnungen zu einem durchschnittlichen Preis pro Wohnung von 15 000 €

verkauft wurden! Unter dem Strich – nachzulesen im Rechnungshofbericht – ein Mindererlös, ein ***Verlust*** für die Republik von 6 Millionen!

Und wer hat den Gewinn? – Der Herr Präsident hat uns im Ausschuss diese verwirrende Grafik gezeigt *(die Rednerin zeigt eine Grafik)* über das Wesen der Freunderlwirtschaft im Innenministerium, im Integrationsfonds. Insidergeschäfte – Herr Kollege Zanger, Sie haben es skizziert – sind möglich gewesen, sodass einzelne Erwerber im Anschluss an ihren Kauf das Objekt teilweise mit Hypothekarkrediten belasten konnten, die 3,9 Mal so viel sozusagen an Umfang brachten, wie der Verkaufspreis war. Welche Bank gibt fast ein Vierfaches des Kaufpreises an Kredit für ein Objekt? Das Objekt ist sozusagen um ein Viertel des wahren Wertes gekauft worden.

Die Misswirtschaft, die dort herrschte, ist geradezu himmelschreiend. Und was war es? – Unter den Augen des BMI, teilweise mit Genehmigung des BMI, und die Verantwortlichen sitzen teilweise heute noch auf ihrem Sessel, am selben Sessel. Ja, das ist Republik! Das ist die Misswirtschaft der Republik, und das lassen wir uns nicht mehr länger gefallen. Daher: Konsequenzen!

Konsequenzen: Ich möchte nicht mehr haben, dass praktisch ohne Genehmigung der Fondsbehörde verkauft wird, dass falsche oder mindere Schätzgutachten erstellt werden und dann verkauft wird, dass es keine Ausschreibungen gibt, dass dem Fonds nahestehende Personen dann den Zuschlag erhalten, dass sozusagen die Gutachter aus dem Kreis der Hausverwalter kommen – ist alles hier dokumentiert! Das Kuratorium als solches ist hintergangen worden.

Der Rechnungshof hat immer wieder Empfehlungen abgegeben – das ist ja kein Einzelvorgang. Diese 270 Wohnungen zum Schnackerlpreis, sage ich jetzt schon, als Schnäppchen unter Freunden, die sind ja kein Einzelfall. Ich könnte Ihnen sage und schreibe 50 Rechnungshofberichte herlegen – das wäre ungefähr so hoch *(die Rednerin zeigt die entsprechende Höhe),* 50 Rechnungshofberichte, die aufzeigen, wo jedes Mal bei Immobilienverkäufen Mindererlöse zulasten der Republik erzielt worden sind, wo Vermögen verschleudert worden ist. Und daher will ich eine gesetzliche Änderung.

Ich habe wiederholt den Herrn Rechnungshofpräsidenten gefragt, ich weiß ganz genau, es ist § 76 – den Absatz weiß ich nicht genau – des Bundesfinanzgesetzes, ich glaube, so heißt es, und dort könnte man das ganz normale Einmaleins des privaten Immobilienverkaufs verankern: Schätzgutachten von neutralen Persönlichkeiten, Ausschreibungen, Bestbieterprinzip und dann verkaufen. Transparent, nachvollziehbar,

mit einem korrekten Erlös! – Das muss gemacht werden! Dazu liegt unser Antrag in diesem Haus.

Ich pendle ja nicht nur zwischen Ihren Reihen, ich pendle auch zu den Ministerien – schön langsam ist mir ja wirklich nichts mehr zu blöd. Ich habe jetzt immerhin auch Gespräche mit dem Finanzministerium avisiert, in denen wir diese Gesetzesänderung besprechen können und wo wir nach dem nächsten Ausschusstermin vielleicht einmal innerhalb der Fraktionen handelseins werden, dass wir etwas tun. Denn: So kann es nicht weitergehen!

Die Redezeit ist leider zu kurz, ich könnte Ihnen noch weitere Projekte aufzählen, wo der Rechnungshof Missstände festgestellt hat: Beim Funksystem CONRAD haben wir denselben Missstand: Gesamtkonzept fehlt, Kostenüberblick fehlt, freihändige Vergabe, das Vergaberecht wird nicht eingehalten, mehr gezahlt als geliefert. – Ich meine, so soll's nicht weitergehen.

Wir bemühen uns ja immer wieder im Ausschuss – man braucht gute Nerven, gutes Sitzfleisch –, aber irgendwann wird der Geduldsfaden etwas kurz, und dann muss man im Plenum etwas unternehmen. Und daher bin ich heute etwas heftiger.

Zum Schluss möchte ich jetzt noch den Antrag des Kollegen Zanger auf Transparenz bei der Vergabe von EU-Förderungen unterstützen: 1 Milliarde Steuergeld seit dem Jahr 2004 – ohne Kontrolle! Seit dem Jahr 2004 wurde ohne Kontrolle eine Milliarde an Steuergeld an Private vergeben. Was war im Ausschuss? – Die ablehnende Formulierung: Wir können Private nicht kontrollieren! – Entschuldigen Sie, das ist Steuergeld, das ist öffentliches Geld, wo kontrolliert werden muss, wieso diese Institution einer bestimmten Person eine Förderung gibt. Was ist denn dabei so investigativ, frage ich mich. Das ist schlichtweg Kontrolle von Steuergeldverwendung.

Daher unsere Unterstützung dieses Antrages. Er war schon Vorschlag im Konvent, er war schon Vorschlag eines ÖVP-Abgeordneten, eines SPÖ-Abgeordneten, aber er ist bis jetzt nicht Vorschlag dieses Hauses. Wieso? Dabei bleibt es: Wieso? Antworten Sie! *(Beifall bei den Grünen, bei Abgeordneten der NEOS sowie des Abg.* ***Zanger.****)*

18.55

Präsident Karlheinz Kopf: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Gahr. – Bitte.